



Keupers

kritischer

Kommentar

03-01-2019

März 2019

## Schulze will Klimaschutz erzwingen.

Seit in den letzten 4 Jahren die Sommer immer wieder fast tropische Temperaturwerte erzielten, unterbrochen von kräftigen Gewittern mit orkanartigem Sturm und unwetterartigen Niederschlägen, welche sonst harmlose Bäche in Minutenschnelle in reißende Ströme verwandeln, ahnen die Bürgerinnen und Bürger im Lande, dass klimatische Veränderungen zumindest ihre Vorboten senden, welche unser Leben in der Zukunft eventuell nachhaltig verändern könnten. Warum das so ist, wird ihnen durch Verlautbarungen in den Medien oder vielen zum Teil spontan sich bildenden aktiven Klima- und Umweltverbänden oder -organisationen nahe gebracht. Auch auf politischer Ebene werden Forderungen erhoben oder Anträge beschlossen, dass Regierung und Wirtschaft geeignete Maßnahmen ergreifen sollen, um den sich abzeichnenden Entwicklungen entgegenzuwirken. Da ist es kein Wunder und es ist auch ihre ursächliche Aufgabe, dass (endlich) die Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) die Initiative ergreift, einen knallharten Klimaplan entwickelt und diesen dem Kabinett zur Entscheidung vorlegt. Dieses Klimaschutzgesetz ist vermutlich das größte und wichtigste Vorhaben des Umweltministeriums in dieser Legislaturperiode. In dem Gesetzentwurf der Ministerin Schulze heißt es, es seien verstärkte Anstrengungen erforderlich, um der drohenden Klima-Attacke entgegenzuwirken und den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zu vermindern, Und um ggf. „erhebliche Belastungen“ für den Bundeshaushalt zu vermeiden, die entstehen, wenn die vereinbarten europäischen Verpflichtungen verfehlt und nicht eingehalten werden, dem Bund deswegen erhebliche Kosten entstehen könnten. „Diese Kosten müssten dann anteilig, nach dem Grad der Nichteinhaltung in den Haushaltsplänen der verantwortlichen Bundesministerien veranschlagt, respektive verrechnet werden“, so heißt es im Entwurf des Klimaschutzgesetzes. Bis 2050 will Schulze die Treibhausgasemissionen um „mindestens 95 Prozent“ senken. Bisher sah der Klimaschutzplan von 2016 der Bundesregierung nur eine Senkung mit einer Spanne von 80 bis 95 Prozent vor. Auch die Zielwerte für 2030 sind strenger als im bisherigen Klimaschutzplan, zudem will Schulze jahresgenaue Treibhausgasvorgabewerte einführen, und zwar für die Bereiche Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft sowie „Abfallwirtschaft und Sonstiges“, die entsprechend zu beachten und einzuhalten sind..

Die Fachminister sollen dann für ihren Bereich entsprechende Programme erarbeiten, die

dann von der Bundesregierung als verbindlich beschlossen werden. Das heißt, konkrete Maßnahmen will Schulze also dem Wirtschafts-, Verkehrs- oder dem Bauminister nicht vorschreiben.

### **Eine Klimaschutzreform muss soziale Folgerungen beachten.**

Damit ist die Aufgabe des Klimaschutzes auf verschiedene breite Schultern verteilt. Doch eine wichtige Basis hat die Umweltministerin bislang nicht in das Zukunftsmodell „Klimaschutz“ eingebunden, das ist das Resort des Sozialministers, das Resort, welches viele Folgerungen der erforderlichen Maßnahmen zur Minderung des Treibhausgasausstoßes sozialverträglich abfedern müsste.

Denn eines ist doch wohl klar und unumstößlich, das Gesellschaftliche, die Lebensgewohnheiten der Menschen im Lande werden sich verändern (müssen), wenn die Ziele des angepeilten Klimaschutzes bis 2050 annähernd erreicht werden sollen. Der Sektor Arbeit und Einkommen wird tangiert werden, der Sektor (soziales) Wohnen muss anders gedacht werden, ebenso wird sich die freie Mobilität nicht nur auf den Straßen und Autobahnen verändern, und auch die Reise- und Urlaubsgestaltung. Auch die „Geiz-ist-geil“ Mentalität war eben wohl gestern „in“, denn wenn auch die Landwirtschaft sich „Klimaneutral“ verändern soll, müssen sich landwirtschaftliche Produkte entsprechend verteuern, und auch der Handel muss wieder mehr regional ausgerichtet sein, um lange und nicht unbedingt notwendige Transportwege zu vermeiden.

### **Der Gesetzentwurf wird schon von den Konservativen kritisiert.**

Svenja Schulzes knallharter Klima-Plan könnte nicht nur in der GroKo für richtig Ärger sorgen, auch die Experten der Wirtschaftsverbände und in der CDU-Wirtschaftsunion laufen jetzt schon Sturm gegen die nach ihrer Meinung zu straffen Vorgaben für den Klimaschutz. Ihrer Meinung nach definiert der Entwurf Klimaschutzziele, lässt aber Fragen der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit über weite Strecken außen vor. „Klimaschutz kann so nicht funktionieren“, verlautete gemäß Handelsblatt vom 25. Februar 2019, der CDU-Energieexperte Jens Koeppen vor der Deutschen Presse-Agentur. „Wer glaubt, mit Stichtagsregelungen und Daumenschrauben die Ressorts zu Einsparungen zwingen zu können, wird an den Pariser Klimaschutzziele scheitern. Ich verstehe nicht, warum man beim Klimaschutz auf Vernunft, Machbarkeit und Technologieoffenheit verzichten will“. Auch der Fraktionsvize Georg Nüßlein von der CSU meint, die Koalition solle besser Schritt für Schritt vorgehen. „Jetzt zurren wir erstmal den Pfad für einen wirtschaftlich uns sozial vertretbaren Kohleausstieg fest, dann werden wir uns nach und nach die anderen Problemsektoren schrittweise vornehmen“.

### **Die Politik wird die nötigen Reformen nur zögerlich umsetzen!**

Die Politik wird also, so ist es zu erwarten, einen weicheren und variableren Plan hinsichtlich einer Vermeidung von Treibhausgasemissionen beschließen, um „unangenehme“ Nebenwirkungen auf Wirtschaftswachstum und Konsumentismus zu vermeiden. Auch negative Reaktionen aus der Wählerschaft könnten strengere Anforderungen hinsichtlich Klimaschutz so lange vermeiden, bis Veränderungen am Klima letztendlich radikale Reaktionen erzwingen. Denn es ist erwiesen, die Politik reformiert in der Regel nur die Probleme von heute als vermeintliche Aufgabe der Zukunft mittels Erkenntnissen der Gegenwart!

**Die SPD muss sich für eine echte Zukunftspolitik starkmachen!**

Svenja Schulzes Gesetzesvorhaben ist im Grunde genommen der richtige Weg um Schritt für Schritt die eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Vermeidung der drohenden Klimaveränderungen zu erfüllen. Wobei diese Aufgaben nur ein Teilbereich der auf uns zukommenden Zukunftsentwicklungen sind. Die Digitalisierung, der Demografische Wandel sind weitere Aufgaben, welche unsere Demokratie, unsere Gesellschaft, unsere Lebensart, aber auch unsere Arbeitswelt und unsere Wirtschaftsstrukturen im größeren Umfang tangieren und verändern werden. Wir werden dieses auf uns Zukommende nur mit einer mutigen und progressiven Politik meistern können. Eine neoliberale Politik wie bisher kann das nicht schaffen. Wir brauchen dazu ein neues modernes und freies Sozialdenken, eine neue moderne „sozialliberale“ Sozialdemokratie, welche die Menschen im Lande, welche die Menschen in Europa an die Hand nimmt und mit ihnen die Zukunft mittels sozialer und solidarischer Lösungen der Aufgaben des Klimaschutzes, mittels menschlicher Entwicklungen in der digitalen Arbeitswelt und mittels gerechter Gestaltungen einer älter werdenden Gesellschaft modelliert. Svenja Schulze hat einen Anfang gemacht, die SPD braucht noch viele die ihre Denkweise weiter entwickeln, nicht nur in klimatischer Hinsicht!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 12. März 2019

Heinrich Keuper